

Inhalt

I. Die Dritte Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung	1
1. Änderung der Bundesbeihilfeverordnung	1
2. Beihilferechtliche Konsequenzen aus der Änderung des Transplantationsgesetzes	2
II. Neues auf Rehmnetz	2
III. Beamtenblog	2

I. Die Dritte Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung

Von Wolfgang Weigel

Regierungsrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, München

1. Änderung der Bundesbeihilfeverordnung

Die Dritte Verordnung zur Änderung der Bundesbeihilfeverordnung vom 8. September 2012 (BGBl. I S. 1935) führt zu folgenden wesentlichen Änderungen:

- Neugestaltung der Regelungen zur Prüfung der Angemessenheit der Liquidationen von Heilpraktikern (§ 6 Abs. 3, Anlage 2).
- Einschränkung der Beihilfeleistungen bei Abbruch einer kieferorthopädischen Behandlung bzw. bei Wechsel des Kieferorthopäden, wenn die Gründe hierfür vom Patienten zu verantworten sind (§ 15 Abs. 2 BBhV).
- Neugestaltung des im Vorfeld der Anerkennung psychotherapeutischer Leistungen erforderlichen Gutachterverfahrens.
- Neugestaltung der erforderlichen Vergleichsberechnung bei Behandlung in einer Privatklinik (§ 26 Abs. 2 BBhV).
- Schaffung einer Abrechnungsgrundlage zur Sicherung des Existenzminimums bei stationärer Pflege (§ 39 Abs. 2 BBhV).
- Abschaffung der Erhöhung des Bemessungssatzes auf 100 v.H. bei freiwilligen Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung unter Berücksichtigung einer Übergangsregelung für vorhandene betroffene Beihilfeberechtigte bzw. berücksichtigungsfähige Angehörige (§ 47 Abs. 6 BBhV a.F., § 58 Abs. 7 BBhV).
- Einbeziehung der Aufwendungen für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel bei der Bewertung einer individuellen Überschreitung der Belastungsgrenze (§ 49 Abs. 5 BBhV).
- Aktualisierung des Hilfsmittelverzeichnisses.



Produktipp

Baßlsperger

Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) und Beendigung von Arbeits- und Beamtenverhältnissen wegen Krankheit

Kommentar



1. Auflage 2011,
XIV, 142 Seiten, Softcover
ISBN 978-3-8073-0263-8
€ 19,95

[\[Mehr Info\]](#)

Praktische Antworten auf alle Fragen des BEM

Die krankheitsbedingten Fehlzeiten von Beamten und anderen Staatsdienern steigen erstmals seit 2001 wieder, auch wenn die Krankheitsquote im öffentlichen Dienst insgesamt niedrig bleibt. Für sozialversicherte Beschäftigte in Deutschland erfasst der BKK Bundesverband die gesundheitlichen Befunde. Laut seinem Bericht aus 2009 sind die Zeiten extrem niedriger Krankenstände in Deutschland vorüber. 2006 gab es mit 12,4 Krankheitstagen den niedrigsten Wert seit 30 Jahren. Seit 2006 steigen die Fehlzeiten kontinuierlich wieder an. Selbst Manager melden sich inzwischen häufiger krank. Psychische Erkrankungen weisen wie bisher schon den höchsten Zuwachs auf. Besonders Langzeiterkrankungen von mehr als sechs Wochen haben zugenommen.

Vor diesem Hintergrund erhalten das Verfahren zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) und die Möglichkeit der Kündigung bzw. Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses wegen Krankheit erhöhte Brisanz. In seiner Abhandlung stellt der Experte Dr. Maximilian Baßlsperger die Voraussetzungen vor, unter denen Arbeits- und Beamtenverhältnisse wegen Krankheit beendet werden können. Außerdem erläutert er ausführlich die Details des BEM, die den Zuständigen in den Personalabteilungen oft noch nicht hinreichend bekannt sind.

Dieses Buch ist auch als E-Book erhältlich.

Weitere Neuerungen können der genannten Änderungsverordnung entnommen werden. Die Änderungen sind seit 20. September 2012 in Kraft.

2. Beihilferechtliche Konsequenzen aus der Änderung des Transplantationsgesetzes

Durch das Gesetz zur Änderung des Transplantationsgesetzes vom 21. Juli 2012 (BGBl. I S. 1601) soll nicht nur die Bereitschaft der Bevölkerung zur Organspende gefördert werden, sich in Form der sog. Entscheidungslösung aktiv mit dem Thema Organspende zu befassen. Auch die Absicherung von Lebendspendern wurde u. a. durch folgende Maßnahmen entscheidend verbessert:

- Einführung eines Anspruchs für den Lebendspender gegen die Krankenkasse des Organempfängers auf Krankenbehandlung, Rehabilitation, Vor- und Nachbetreuung Rehabilitation, Fahrtkosten und Krankengeld.
- Anwendung des Lohnfortzahlungsgesetzes auch für Lebendspender.
- Einführung eines Anspruchs für den Lebendspender auf Krankengeld gegenüber der Krankenkasse des Empfängers in Höhe des vor Beginn der Arbeitsunfähigkeit regelmäßig erzielten Nettoarbeitsentgelts oder Arbeitseinkommens bis zur Höhe des Betrages der kalendertäglichen Beitragsbemessungsgrenze.
- Einführung von Ansprüchen gegenüber der gesetzlichen Unfallversicherung, wenn beim Spender infolge der Organübertragung gesundheitliche Probleme auftreten.
- Einführung eines Anspruchs des Arbeitgebers des Spenders auf Ersatz der Leistungen nach dem Lohnfortzahlungsgesetz gegenüber der Krankenkasse des Organempfängers.

Bereits bisher sind Aufwendungen im Zusammenhang mit einer Übertragung von Organen im Rahmen einer Lebendspende auf Beihilfeberechtigte bzw. berücksichtigungsfähige Angehörige beihilfefähig, die bislang insbesondere auch entstandenen Einkommensverlust des Spenders erfassen (vgl. insoweit § 45 Abs. 2 BBhV a.F. bzw. entsprechendes Landesbeihilferecht). Neu ist der unmittelbare Erstattungsanspruch des Arbeitgebers des Lebendspenders auf anteiligen Ersatz der Lohn-

fortzahlungskosten gegenüber dem Beihilfeträger des Bundes (vgl. § 3a Abs. 2 des Lohnfortzahlungsgesetzes). Ist der Organempfänger ein Beihilfeberechtigter bzw. berücksichtigungsfähiger Angehöriger, dem Beihilfeansprüche nach dem Beihilferecht eines Landes zustehen, gelten diese Erstattungspflichten nur, wenn dies landesrechtlich vorgesehen ist.

Das Gesetz ist seit 1. August 2012 in Kraft.

Wolfgang Weigel, Regierungsrat

II. Neues auf Rehmnetz

- **News:** [Übergreifende Arbeitsgruppe „Der öffentliche Dienst als attraktiver und moderner Arbeitgeber“](#)
- **News:** [dbb ist gegen Befristungen im öffentlichen Dienst](#)

III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

- [Vor 33 Jahren: Polizist fälschte Schulzeugnis](#)
- [Evaluierung des Leistungslaufbahngesetzes: Auch Gesetzgeber machen Fehler](#)
- [Der Funktionsvorbehalt im Beamtenrecht](#)



Produktipp

Erwin Schütz † / Dr. Joachim Maiwald /
Dr. Robert Brockhaus u.a.

Beamtenrecht des Bundes und der Länder Kommentar

dargestellt anhand des BeamtStG und des LBG NRW,
einschließlich Vorschriftensammlung



Loseblattwerk in 6 Ordnern
ISBN 978-3-7685-5870-9
€ 189,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen
€ 449,95 ohne Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Die Teilausgabe Beamtenrecht Kommentar behandelt das gesamte Beamtenrecht anhand des Landesbeamtengesetzes von Nordrhein-Westfalen, ist jedoch auf Grund ihres Aufbaus auch für jedes andere Bundesland von großer Hilfe.



Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger, Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig. [\[Zum Blog\]](#)